

Offshore-Leaks: 11 Erkenntnisse für die Schweizer Banken

Montag, den 08. April 2013 um 11:02 Uhr



Die Enthüllungen aus dem Offshore-Leaks-Projekt lösen viele Fragen in der Finanzwelt aus. Was sind die Konsequenzen für die Schweizer Finanzhäuser? Elf Befunde.

- 1. Mit Offshore-Leaks steht endlich nicht mehr nur die Schweiz im Kreuzfeuer der Steuerhinterziehungsthematik. Mehr noch: Die Schweiz erntet Lob aus dem Ausland, während sich die Aufmerksamkeit nun vor allem auf britische und asiatische Steueroasen richtet, die bislang unter dem Radar durchgingen.
- 2. Mit den vielen Tausend vertraulichen Kundendaten, die an die Öffentlichkeit gelang sind, ist Offshore-Leaks wie ein Dammbruch in der Finanzwelt. Als Konsequenz müssen die Banken künftig die Zuverlässigkeit ihrer Mitarbeiter noch genauer prüfen. Das führt zu mehr Kontrollen gleichzeitig schwindet die Loyalität der Beschäftigten.
- 3. Die Enthüllungen von Offshore-Leaks sind jetzt wie ein Freipass für viele Behörden auf dieser Welt, energisch gegen Steuerhinterziehung und -betrug vorzugehen. Für die Banken, die weiterhin eine gewisse finanzielle Privatsphäre wahren wollen, wird es umgekehrt immer schwieriger werden, Geschäftsmodelle zu bewahren, die der Diskretion nach wie vor Folge leisten. Gleichzeitig werden sich die Banken noch genauer überlegen müssen, in welchen Ländern und Märkten sie geschäftlich präsent sein wollen.
- **4.** Angesichts der Dreistigkeit, mit der manche Menschen auf dieser Welt Steuerbetrügereien begehen, ist die Frage legitim, ob die von den Schweizer Behörden angestrebte **Weissgeldstrategie** überhaupt realisierbar ist.
- **5.** Für die Banken wird eine Kundengruppe künftig noch schwieriger zu betreuen sein: **politisch exponierte Personen (PEP)**. Sie haben durchaus ein Recht, bei einem Finanzinstitut ein Konto zu eröffnen. Doch sie stellen ein Reputationsrisiko dar, das eine Bank mittlerweile um ihre Existenz bringen kann.
- **6.** Nach Offshore-Leaks ist definitiv klar, dass der Schweizer Finanzplatz und seine Akteure noch andere **Ertragsquellen und Geschäftsfelder** erschliessen müssen, um auch künftig erfolgreich zu sein. Dazu gehören das Asset Management für institutionelle Kunden, Private Equity sowie eine umfassende Expertise in allen Belangen der Finanz- und



Offshore-Leaks: 11 Erkenntnisse für die Schweizer Banken

Montag, den 08. April 2013 um 11:02 Uhr

Vermögensplanung und -strukturierung.

- **7.** Die technologischen Fortschritte, welche in den letzten Jahren im **Online-Banking** erreicht wurden, stellen gleichzeitig auch ein zunehmendes Risiko für die Banken dar. Denn der Missbrauch und die Betrügereien in der Zukunft vollziehen sich heute mehrheitlich elektronisch.
- **8.** Auf Grund der Offshore-Leaks-Daten werden einige Steueroasen tatsächlich verschwinden, was den **Wettbewerb zwischen den verbleibenden Finanzplätzen** umso mehr stimulieren wird. Die Schweiz hat gute Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, um sich in diesem Umfeld zu profilieren. Mehr noch: Die Schweiz könnte als grosse Siegerin aus diesen Turbulenzen hervorgehen.
- **9.** Differenzierung ist vonnöten: Steuerhinterziehung und Steuerbetrug werden mittlerweile weltweit geahndet. **Steueroptimierung** ist hingegen völlig legal. Auch der Abschluss einer 3. Säule im Vorsorgebereich ist zum Beispiel eine Form von Steueroptimierung und absolut legitim. Hier haben die Bankangestellten eine riesige Aufklärungsarbeit vor sich.
- **10.** Für Finanzzentren mit attraktiven Steuersätzen gibt es durchaus gute Gründe. Sie garantieren letztlich den **internationalen Steuerwettbewerb**, der wiederum viele Regierungen und Behörden auf dieser Welt davon abhält, die Steuern immer weiter zu erhöhen. Denn Kapital ist und bleibt mobil.
- 11. Offshore-Leaks ist **erst der Anfang**. Der Austausch, Handel sowie die Publikation von vertraulichen Daten dürfte vorläufig weitergehen. Kleinere Banken, die ihre Strukturen und ihr Personal wahrscheinlich besser kontrollieren können als grosse Institute, dürften da im Vorteil sein. Von der Problematik dürften in Zukunft nicht nur Finanzhäuser, sondern auch Industrieunternehmen betroffen werden.